

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/44. Jahrgang

August 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

Report München: Die Wasserpreise in Gießen sind zu hoch!

Gießen ist mal wieder bundesweit bekannt geworden, durch eine Sendung von Report München. Leider nicht positiv, sondern als abschreckendes Beispiel. Thema war der Wasserpreis.

Bekanntlich überprüft das Kartellamt seit Jahren Wasserpreise in Hessen, auch die Stadtwerke waren ins Blickfeld geraten. Um einer Verfügung zur Senkung der Preise zu entgehen, hat die Stadt die Verantwortung für die Wasserversorgung von den Stadtwerken auf den städtischen Eigenbe-

trieb Mittelhessische Wasserbetriebe (MWB) übertragen. Aus dem Preis ist dadurch eine Gebühr geworden, und zur Überprüfung von Gebühren ist das Kartellamt nicht berechtigt. Die-

Von dem Ausmaß der NSA-Überwachung habe ich erst durch die Medien erfahren!

Von den Schwierigkeiten beim Euro-Hawk habe ich erst ganz spät erfahren!



se Gebühr ist in Gießen offensichtlich zu hoch. Die MWB machen Millionengewinne, ein Teil davon fließt in die Stadtkasse, der Rest in Rücklagen. Eigentlich dürfen Gebühren nur kostendeckend sein. Das wird mit einem Rechenrick erreicht. Die Betriebe berechnen für ihr eingesetztes Kapital einen Zinssatz von 6%, das treibt die Kosten in die Höhe. Selbst wenn das Kapital geliehen wäre, wäre der Zinssatz niedriger. Das Geld ist aber nicht geliehen, sondern wurde
(Fortsetzung auf Seite 2)

Ostanlage: Ein richtig teurer Schildbürgerstreich!

Auf 600.000 Euro werden inzwischen die Kosten für den Überweg und die Zuschüttung der Ostanlagen-Unterführung beziffert – plus evtl. nachträgliche Verteuerungen. Damit alles unter der Grenze von ½ Million bleibt (das Limit für Ausgaben ohne Parlamentsbeschluss), wird gesplittet und die Verlegung der Versorgungsleitungen herausgerechnet.

Und die OB hat wieder einmal gekniffen!

Vor der Abstimmung im Magistrat hat sie, die im Februar dagegen gestimmt hatte, die Sitzung verlassen und damit grünes Licht gegeben und die wegen der Ferien nicht gegebene

nen Mehrheitsverhältnisse gesichert. Erbärmlich!

Fassen wir zusammen:

* Die große Mehrheit der Bevölkerung will, daß die Unterführung bleibt.

* Sie gehört nicht zu Begleitmaßnahmen der LaGa; es gibt keine Zuschüsse vom Land. - Sie sei nicht für Bimmelbahn-Route notwendig.

* Sie ist nach geltenden Vorschriften behindertengerecht (müßte allerdings heute mit einer längeren Schräge gebaut werden).

* Es gibt keinen vernünftigen Grund für dieses Wahnsinnsprojekt!

Es ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die jetzt unter dem „Schutzschirm“

mit steigenden Gebühren, Steuern und Abgaben belastet werden, während der Magistrat das Geld zum Fenster herauswirft.

Es ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die den Versprechungen, den Bürgerwillen respektieren zu wollen, geglaubt haben. Cui bono? Wem nützt es? E.B

Inhalt:

Rasterfahndung total/Kapital sozial? S.2
ZAUG/Wohnungen/Dispo/Toiletten S.3
Tarifrunde Handel/Rentenbeiträge S.4
Die Demokratie schafft sich ab/Postzensur S.5
Eritrea-Festival /Kuba/NGOs S.6
DDR-Kabinett/Leserbriefe S.7
Antikriegstag/Bundeswehr/Termine S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Rasterfahndung für alle

Die Empörung ist überall groß, wir werden alle überwacht und die Bundesregierung hat von allem nichts gewusst. Ein Blick auf die Geschichte ist bei der Beurteilung des Geschwätzes sehr hilfreich. Nach dem Beitritt der BRD zur NATO 1955 wurde zwar offiziell das Besatzungsstatut beendet.

Aber die alliierten Sonderrechte blieben, vor allem im Bereich der Nachrichtendienste. Dieser Vorbehalt blieb auch durch den 2+4 Vertrag weitestgehend unangetastet. Zu diesen Rechten gehörte auch das flächendeckende Abhören des Telefons. Bis zur Verabschiedung der Notstandsgesetze durften deutsche Dienststellen offiziell solche Maßnahmen nicht durchführen, also taten es die Alliierten für sie. Noch aus der Zeit des zweiten Weltkrieges stammen die organisatorischen Grundlagen für weltweite Abhöraktionen. Fünf Länder (USA, GB, NZ, AUS, CDN) schlossen sich in einer nachrichtendienstlichen Allianz zusammen. Das Echolon System war geboren. Es diente damals der Überwachung der drahtlose Kommunikation.

Nach dem Ende des kalten Krieges wurde die Wirtschaftsspionage ein Hauptzweck. Das großflächige Abhören drahtgestützter Kommunikation ist dafür eine

zentrale Voraussetzung. So wie deutsche Konzerne arbeiten auch ihre US-amerikanischen Kollegen mit ihren Geheimdiensten zusammen. So betreiben Google und die CIA eine gemeinsame Firma, „Recorded Future“, zur Auswertung des Internets. Offiziell wird behauptet, dass alles dient nur unserer Sicherheit vor Anschlägen. Eine einfache Überlegung hilft hier weiter, selbst durchschnittliche Terroristen und Spione haben wohl mittlerweile gehört, dass Telefon und Internet denkbar ungeeignet sind für ihre konspirative Arbeit. Wenn man die angebliche Zielgruppe mit diesen Maßnahmen kaum erfasst, warum dann der ganze Aufwand? Von Wirtschaftsspionage haben wir schon gehört. Die flächendeckende Überwachung hat aber auch noch einen anderen Effekt: die Identifizierung von „staatsfeindlichen“ Gruppen schon bevor sie etwas getan haben. Mit einer ähnlichen Software, mit der Firmen neue Kundengruppen erschließen, wird die elektronische Kommunikation von Millionen Menschen einer gezielten Rasterfahndung unterworfen. Die sog. "Wiegen der Demokratie" USA und Großbritannien sind bei dieser Entwicklung deutlich weiter als die BRD. Henning Mächerle (DKP)



(Fortsetzung von Seite 1)

Wasserpreise

von den Abnehmern über die Gebühren bereits bezahlt. Verteidiger der hohen Wasserpreise behaupten, es sei alles rechtens, schließlich würden Gebühren von der Kommunalaufsicht, hier dem Regierungspräsidium, geprüft und genehmigt. Da wurde aber der Bock zum Gärtner gemacht, genau diese Behörde fordert von den Kommunen, die Bürger mit möglichst hohen Gebühren zu belasten. Abwegig ist es aber, von einer Privatisierung der Wasserversorgung Besserungen zu erwarten. So etwas war kürzlich im Leserbrief eines Gießener Mieter-Vertreters in den Tageszeitun-

gen zu lesen. Dort wurde die Meinung vertreten, privatisierte Wasserversorger würden vom Kartellamt streng überwacht. Allerdings rechnen Privatkonzerne nicht mit 6% Verzinsung, sondern mit 15%, und diesen Gewinn lassen sie sich bei Übernahme der Konzession von den Städten garantieren. Außerdem haben sie viele Möglichkeiten, ihre Kosten hoch und ihre Gewinne runter zu manipulieren. Überall, wo private Konzerne zum Zuge kamen, gingen die Preise gewaltig nach oben, während Wasserqualität und Versorgungssicherheit schlechter wurden. Notwendig ist eine echte demokratische Kontrolle der Gebühren. Gernot Linhart

Kapital ist nie sozial

Ein alltägliches Bild: Auf dem Marktplatz sitzen Menschen – oder stehen – und manche trinken auch ein Bier dabei. Nur: es ist unbequem geworden, seit die Stadt fast alle Sitzgelegenheiten entfernt hat. Die Menschen hat sie damit nicht vertreiben können. An die soziale Kälte scheint man sich gewöhnt zu haben. Wenn jemand in den 70er oder 80er Jahren die heutigen Verhältnisse in unserer Stadt (und in unserem Land) vorausgesagt hätte, wäre die Entrüstung



groß gewesen: so etwas, in unserem „Sozialstaat“, undenkbar!

Seit es keine sozialistischen Länder mehr gibt, mit denen die Lebens- und Arbeitsbedingungen verglichen werden können, wurde jeglicher „Sozialklimbim“ (Kohl) abgeschafft. Seitdem sinken die Reallöhne, Millionen Menschen leben in Armut, Obdachlosigkeit und sind dem erniedrigenden Zwangssystem Hartz-IV ausgeliefert; jeder Vierte – mehr als in anderen europäischen Ländern - arbeitet für Niedriglohn. Auf der anderen Seite ein unermeßlicher Reichtum. Und es gibt so gut wie keinen Widerstand!

Die Herrschenden behaupten, dies alles sei alternativlos. Und da haben sie Recht. Im Kapitalismus wird dem Profit alles untergeordnet. Statt das Geld da zu holen, wo es ist – bei den Banken und den Superreichen, werden „Schuldenbremsen“ beschlossen und demagogische „Schutzschirme“ aufgespannt. So schafft sich das Kapital die eigenen Rahmenbedingungen zur effektiveren Ausbeutung. Jetzt, vor den Wahlen, überbieten sie sich an Versprechungen. Wer glaubt die noch? Alle bisherigen Regierungsparteien hätten es anders machen können. Aber da sie den Kapitalismus nicht in Frage stellen, ordnen sie sich alle seinen Gesetzmäßigkeiten unter – alternativlos.

Erika Beltz

Wohnungsleerstand in der Innenstadt

Niemand wird behaupten, daß es in Gießen zu viele Wohnungen gibt. Die zunehmende Anzahl Studierender vergrößert Jahr für Jahr das Problem, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Gleichzeitig stehen in der Stadt Wohnungen leer. Auffallend ist ein Wohnblock in bester Innenstadtlage, direkt gegenüber der Galerie Neustädter Tor. Im Erdgeschoß befinden sich Geschäfte, darüber verfällt die Fassade nach und nach. Ein



paar Wohnungen werden noch genutzt, bei den meisten deuten heruntergelassene Rollläden oder kahle Fenster auf Leerstand hin. Wohnungen in dieser Lage werden gesucht, warum läßt der Besitzer das Haus leerstehen und verkommen, auf was spekuliert er? Wohnen ist ein Menschenrecht. Was mit Wohnhäusern in der Stadt passiert, sollte dem Magistrat nicht gleichgültig sein. G. Linhart

Nette Toilette

Wer eine öffentliche Toilette in Gießen sucht, kann nicht auf die Bibel vertrauen. (Matthäus: wer sucht, der wird finden). Am Brandplatz und im Kulturrathaus sind immerhin zwei derartige Anlagen vorhanden. Nun bietet die Stadt den Gastronomiebetrieben gegen eine geringe Aufwandsentschädigung an, ihre Toilette der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dieses Armutszeugnis einer Universitätsstadt wird dann unter dem freundlichen Motto „Nette Toilette“ verkauft. Nach dem Song der siebziger Jahre „Was wollen wir trinken?“ heißt es jetzt „Wo können wir pinkeln?“ Bleibt nur noch Karstadt oder McDonald. M.B.

Gießen braucht Geld

Cafés, Eisdielen und andere Lokale sollen zahlen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Nutzung der Straße bei Außenbewirtschaftung jährlich um 1000 Euro kostet. Wenn nun aber die Stadt wegen des Stadtfestes zusätzlich 30% kassieren will, dann scheint das übertrieben, Wer nicht zahlen will, bekommt eine Bude vor sein Geschäft gestellt. M.B.

Schluß mit den Wucherzinsen beim Dispo

Die hiesige Sparkasse ist für manche ein großzügiger Sponsor. Sportvereine können sich über kleinere, Profisportler über größere Zuschüsse freuen. Aber von wem kommt das Geld, das die Kasse verteilt? Sie knöpft es ihren Kunden ab, mit relativ hohen Gebühren und vor allem mit überhöhten Zinsen für Dispo-Kredite (10,5%) und Überziehungen (15%). Die Sparkasse zahlt für Geld von der Europäischen Zentralbank nur 0,5% Zinsen, für Spareinlagen der Kunden zahlt sie meist noch weniger. Deswegen hat Michael Janitzki vom Linken Bündnis im Stadtparlament beantragt, die städtischen Vertreter im Verwaltungsrat dazu aufzufordern, sich für eine Senkung dieser Zinsen auf maximal 7,5% einzusetzen. Einen ähnlichen Antrag hat das Linke Bündnis auch im Kreistag gestellt. Die DKP begrüßt diesen Antrag. Es wird höchste Zeit, mit diesen Wucherzinsen Schluß zu machen. G.L.



ZAUG - das etwas teurere Mittagessen

Die SPD-Grüne Stadtregierung hat beschlossen, daß der Preis für das Mittag-Essen in den betreuten Grundschulen der Stadt Gießen von monatlich 53,35 auf 59,00 Euro im Monat steigen soll.

Der Lieferant ZAUG begründet diese Preissteigerung mit den Kostensteigerungen für Nahrungsmittel, Energie und Kraftstoff. Und so hat nun der Magistrat diese Erhöhung um 10,6% beschlossen. Das heißt ein Essen kommt durchschnittlich auf fast 3 Euro, und wir reden hier von Portionen für Grundschüler, also kleinen Kindern; da kann ja fast das Stammessen des einen oder anderen Metzgers gehalten.

Die DKP Gießen lehnt diese Erhöhung der Kosten für den Mittagstisch für rund 450 betroffene Schüler ab. Der Magistrat hat übrigens auch gar nicht erst nach Alternativen gefragt, da ja sowieso kein Anbieter vorhanden sei, der in diesen Größenordnungen Essen liefern könne, hat man nur mit ZAUG verhandelt. H.R.

Tarifrunde Einzelhandel vor heißem Herbst

In der mittlerweile 3. Verhandlung im hessischen Einzelhandel kam nichts Neues. Das auf dem Tisch liegende Angebot der Unternehmer von gerade mal 2,5% bei drei Nullmonaten im 1.

Jahr sowie 1,5% im 2. Jahr bei einer Laufzeit von 24 Monaten reicht nicht aus! Das ist die Meinung der Tariffkommission von verdi im Einzelhandel. Die

Abschlüsse in anderen Branchen waren erheblich höher.

Aber auch die Rücknahme der Kündigung der Manteltarifverträge (MTV) ist noch nicht erreicht worden. Trotz massiver Streiks in ganz Hessen;



darunter auch die REAL-Märkte Lollar und Wetzlar, sind die Unternehmer (noch) nicht bereit die angedrohten Verschlechterungen in den Manteltarifverträgen zurückzunehmen.

Verdi ist selbstverständlich bereit, über eine Reform der Entgelttarifverträge zu verhandeln! Aber erst nach Abschluss der Lohn- und Gehaltsverhandlungen sowie der Inkraftsetzung der gekündigten MTV.

Einige Unternehmen zahlen aktuell ihren Belegschaften freiwillige Vorabzahlungen zwischen 2,5% und 3%.



Auch dies wird die Kampfbereitschaft der Beschäftigten im Einzelhandel nicht beeinträchtigen! Im Gegenteil: verdi bereitet sich auf einen heißen Herbst vor, der auch das Weihnachtsgeschäft massiv stören wird. Und: Die Eintrittswelle der Verkäuferinnen und Verkäufer in verdi hält weiter an...

Helmut Appel,
Mitglied der Verhandlungskommission



Kürzung der Rentenbeiträge führt zu Altersarmut

Die Bundesregierung plant die Rentenversicherungsbeiträge zum 1.1.2014 von 18,9% auf 18,4 % zu senken. Möglich sei dies wegen der hohen Einnahmen der Rentenversicherung, die aktuell eine Rücklage von 27,9 Milliarden € hat. Wenn die Rücklagen der Rentenversicherung 1,5 Monatsausgaben übersteigen, kann eine Beitragssenkung vorgenommen werden. Aber wieso wird dann bei dieser Kassenlage nicht über Verbesserungen der Leistungen nachgedacht? Warum werden die Renten nicht erhöht? Schließlich wurden viele Rentner zum 1.7.13 mit einer „Er-

höhung“ im Cent oder wenige Eurobereich abgespeist. Wieso wird nicht über die Rente mit 67 Jahren nachgedacht und eine Umkehr dieser Rentenkürzung vorgenommen? Statt die Altersarmut ernsthaft anzugehen, wird die Rentenversicherung angegriffen, nun mit weiteren Beitragskürzungen, die auch bei den Unternehmern in gleicher Höhe zu Buche schlägt. Nach diesen Plänen „spart“ ein Beitragszahler bei 2000 Euro brutto monatlich 5 €. Und was kann er damit anfangen? Er soll sie in seine private Zusatzversorgung einzahlen und noch mehr dazu. Denn das ist der wesent-

liche Grund der Attacken auf die gesetzliche Rentenversicherung. Das Kapital ist scharf auf diese Gelder. Diese Milliarden wollen Banken und Versicherungen sich aneignen. Und wer die private Rentenversicherung nicht bezahlen kann, der kann dann Grundsicherung im Alter beantragen und wird auf Hartz-IV-Niveau - d. h. Dauerarmut - gesetzt. - Wir Kommunisten fordern Stärkung der gesetzlichen Renten, keine Beitragskürzung sondern Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters und anständige Rentenerhöhungen, die diesen Namen auch verdienen. H.R.

Die Demokratie schafft sich ab

Da hat der frühere Mitarbeiter des US-Geheimdienstes NSA, Edward Snowden, eine Lawine losgetreten. Die Schlapphüte der Spionageorganisation überwachen also total die Internetkommunikation der gesamten Welt. Der US-Justizminister James Cole findet die elektronische Rasterfahndung ganz in Ordnung: „Wenn Sie die Nadel im Heuhaufen finden wollen, dann brauchen Sie zuerst einen Heuhaufen.“ BND-Präsident Schindler gab die aus den USA bezogene Devise aus: „No risk, no fun.“ Er forderte alle Abteilungen seines Geheimdienstes auf, drei Vorschläge für gemeinsame Operationen mit den US-Nachrichtendiensten zu machen. Die Lawine kommt in Deutschland nur in Form vieler verspritzter Schneebälle an. Das erklärt sich wohl so, dass wir es alle bereits geahnt haben, was US- und Bundesnachrichtendienst so treiben. Sie haben heutzutage ungeheure technische Möglichkeiten und sie nutzen diese - Grundgesetz hin, Grundgesetz her - auch ungestört. Die Kanzlerin sagt „einerseits“ und „andererseits“ („Das machst du böse USA aber nicht wieder!“ - „Ob du liebe USA so etwas machst, muss erst noch geklärt werden.“). Sie zeigte sich in der letzten Bundespressekonferenz ein bisschen resolut und ein bisschen doof. Und da Schröder in seiner Kanzlerzeit damit Erfolg hatte, übernimmt sie nun seine Sprüche

von damals wörtlich: „*Uneingeschränkte Solidarität mit den USA*“ und: „*Bei uns in Deutschland und in Europa gilt nicht das Recht des Stärkeren sondern die Stärke des Rechts.*“ Klingt ja auch so

liierten. Nach dem 11. September 2001 beschlossen die USA ein ganzes Paket „Anti-Terror-Gesetze“, als Kanzler Schröder „uneingeschränkte Solidarität“ gelobte. Kommt einmal eine Stimme der Vernunft aus den USA, wird sie hierzulande totgeschwiegen. Der frühere Präsident Jimmy Carter beklagte jetzt „die beispiellose Verletzung unserer Privatsphäre durch unsere Regierung.“ Und: „Amerika hat keine funktionierende Demokratie mehr.“ Dass auch bei uns die Entwicklung zum Überwachungsstaat bisher ohne den geringsten Protest dazu angeblich geschaffener Aufsichtsgremien des Bundestages vonstatten ging, zeigt, auf welchem Weg wir sind: Die Demokratie schafft sich ab.

Klaus Mewes



schön. Die deutsche Bevölkerung ist zwar zu 70% unzufrieden mit der Passivität der Regierung, aber Wutbürger sehen anders aus. Die Einschränkungen des Grundrechts auf die Privatsphäre gehen schon weit zurück und erfolgten schrittweise. Mit dem Beitritt der BRD zur Nato 1955 wurden Vereinbarungen über die Geheimdiensttätigkeit der Westmächte in der BRD getroffen. Es gab dann noch geheime Zusatzabkommen, schließlich musste der Postverkehr mit der DDR überwacht werden. 1968 verabschiedete der Bundestag unter der Großen Koalition die Notstandsgesetze zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Geheimdienste der BRD übernahmen Überwachungsaufgaben der Al-

Keine Kinder?! Und wer soll später mal unsere Renten finanzieren?!



Im Sommer 1971 erhielt ein Gießener – mit sechswöchiger Verspätung – einen Brief aus der DDR mit dem Vermerk: "Diese Postsendung ist gemäß §§1-4 des Gesetzes zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24. Mai 1961 (BGBl. I S. 607) angehalten und geöffnet worden". (s. Gießener Echo, Nr. 8/71) - Da hat er noch Glück gehabt. „Frontal 21“ berichtete am 20.11.2012, daß in den 50er bis 70er Jahren systematisch alle Briefe aus der DDR geöffnet, kontrolliert und größtenteils vernichtet wurden: „mehr als unglaubliche 100 Millionen Sendungen“ (O-Ton).



UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von.....Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Alter _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

ComPress Verlag GmbH - Hoffnungstraße 1 - 45274 Essen
 Fax: 0201-24 85 414 - www.unsere-zeit.de

Delegation der DKP zu Gast auf dem Eritrea Festival

Sehr zufrieden zeigte sich die Delegation der DKP Gießen, bestehend aus Sabine Albrecht, Erika und Michael Beltz, mit ihrem Besuch beim Eritrea-Festival in den Hessenhallen.



Erika (links) und Michael Beltz (Mitte) mit dem Botschafter Eritreas Petros Tseggai (2.v.l) und dem Präsidenten der Österreichisch-Eritreischen Gesellschaft Alfred Mansfeld (rechts).

Nach dem Empfang beim eritreischen Botschafter Petros Tseggai, an dem auch Gäste aus Österreich und der Schweiz teilnahmen, und einer landestypischen Mahlzeit, gab es ausreichend Raum zur Teilnahme an verschiedenen Diskussionsrunden, an denen die Teilnehmer sich informieren und alle Fragen stellen konnten. Ein Schwerpunkt war die Rolle der NGOs, die in Eritrea den Aufbau des

Landes begleiten wie z.B. Medcare. Dabei wurde Wert auf die Feststellung gelegt, dass eine Bevormundung abgelehnt, wohl aber gerne jede Unterstützung angenommen werde, die langfristig das notwendige Know-how vermittelt: Es komme nicht darauf an, einen Fisch zu schenken, sondern das Angeln zu lehren.

Auch kritische Fragen nach den Gründen für die Flucht aus Eritrea, den Verhältnissen im Land sowie der Berichterstattung in den hiesigen Medien kamen zur Sprache. So konnte auf die Frage nach der Armut im Land darauf hingewiesen werden, dass Eritrea ein armes Land ist, in dem es



Das Essen war scharf, aber köstlich

im Gegensatz zu seinen Nachbarländern keinen Hunger gibt, wie es in den

Medien behauptet wird.

Von der Demonstration des Stadtverordneten Grothe (Grüne), die am Rande des Festivals mit knapp 40 Teilnehmern genau solche und andere Behauptungen – wie die angebliche und längst widerlegte Eintreibung einer „Zwangssteuer“ - wiederholte, bekamen die rund 2000 Menschen in den Hessenhallen, die zusammengekommen waren, um zu feiern, sich auszutauschen und ihre Kultur – Musik, Sprache, Sport, Essen und Trinken - zu leben, nichts mit.

Bleibt zu hoffen, dass die Unterschriftensammlung, die demnächst übergeben werden soll, diesmal Erfolg zeigen wird: Sie richtet sich gegen den auf Initiative von Herrn Grothe gefassten Beschluss des Stadtparlaments gegen dieses Festival und fordert dessen Revidierung. Für eine Stadt wie Gießen, die sich weltoffen und anderen Kulturen gegenüber aufgeschlossen zeigen will, ist dieses Festival, eine Bereicherung.



Das Spruchband am Eingang

UN-Komitee würdigt Kuba

Zum Auftakt ihrer 55. Sitzungsperiode haben die Mitglieder des UN-Komitees zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen am Montag in Genf die Rolle Kubas gewürdigt. In keinem anderen Land hätten Frauen in den letzten 50 Jahren größere Fortschritte bei der Durchsetzung ihrer Rechte gemacht, sagte die algerische Anwältin Meriem Belmihoub-Zerdani. Sie wies unter anderem darauf hin, daß der Anteil der Frauen bei ausgebildeten Fachkräften und bei Universitätsabsolventen etwa zwei Drittel beträgt. Mit einem Frauenanteil von 48,36% in den Parlamenten liege die sozialistische Karibikinsel weltweit an dritter Stelle. Formal seien die Frauen in der kubanischen Gesellschaft in allen Bereichen gleichgestellt und auch im realen Alltag seien die Erfolge im Kampf gegen Diskriminierung, zum Beispiel in Schulen, Universitäten und Betrieben, größer als in anderen Ländern der Region und Teilen Europas. ("junge Welt", 12.7.13)

Zur Verkommenheit von NGOs

Robert Ménard, Ex-Chef von "Reporter ohne Grenzen", kandidiert für Faschisten - und Suzanne Nossel, früher Mitglied der US-Administration, ist Chefin von Amnesty International

Der ehemalige Chef der sogenannten Menschenrechts-Organisation "Reporter ohne Grenzen", Robert Ménard, tritt bei den französischen Kommunalwahlen im kommenden Jahr für die rechtsextreme Partei Front National (FN) an. Ménard werde für den Urnengang 2014 im südfranzösischen Béziers aufgestellt, teilte Parteichefin Marine Le Pen mit. Ménard hatte sich bei "Reporter ohne Grenzen" bis zum Jahr 2008 angeblich für "Pressefreiheit weltweit" eingesetzt. Danach arbeitete er für mehrere Rundfunksender, unterhielt Kontakte zu rechtsextremen Bewegungen und veröffentlichte im Jahr 2011 das Buch "Vive Le Pen".

Er verteidigt die Todesstrafe, hält Folter „in bestimmten Fällen“ für legitim und wünscht sich, dass seine Kinder nicht homosexuell werden.

2012 wurde Suzanne Nossel geschäftsführende Direktorin von Amnesty in den USA. Sie war vorher in hochrangiger Position in der US-Administration tätig, also dem Land der Kriege, Folter und der Killerkommandos. Sie war dort mitverantwortlich für die US-Desinformations-Politik bezüglich Iran, Syrien, Libyen und der Elfenbeinküste. Sie arbeitete an UN-Resolutionen mit, in denen strategische Feinde der USA verurteilt wurden, um auf diese Weise den Weg in einen Krieg zu ebnen. Jetzt verbreitet sie in ihren Newslettern reißerische Hetzartikel, die die Konflikte einzelner Länder (Kuba! Eritrea!) anheizen sollen und die (wie einer ihrer „Berichte“ über Syrien) sogar von der FAZ zurückgewiesen wurden. So werden Menschenrechtsorganisationen zu Propagandaabteilungen der USA.

Geschichte wird gemacht! – Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Sie ist die größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung auf deutschem Boden! Das Kapital und seine Vertreter hassen sie so, dass sie am Liebsten alle Symbole, die mit ihr verbunden sind, verbieten möchten um die Erinnerung an sie auszulöschen: die Deutsche Demokratische Republik. In diesem Staat musste nicht jeden Tag aufs Neue der Kampf um den Erhalt des Arbeitsplatzes und der Wohnung geführt werden. Dass so etwas möglich war, soll aus unser aller Bewusstsein verschwinden. Die Erinnerung zu bewahren hat sich das DDR-Kabinett in Bochum vorgenommen. In einer ca. 90 qm großen Wohnung ist alles versammelt, was das alltägliche Leben der Menschen in der DDR aus-

machte von den Modezeitschriften bis zur Eisenbahner-Uniform. Es werden Modelle des Palastes der Republik, Banner der FDJ, Uniformen und Waffen der Nationalen Volksarmee gezeigt; und na-



türlich umfasst das DDR Archiv auch eine große Sammlung an Büchern und Tondokumenten.

Der Tag der Gründung des Arbeiter- und Bauernstaates wird alljährlich mit einem Fest begangen, das in diesem Jahr auf den 5. Oktober fällt.

Angekündigt haben sich bereits Dr. Klaus

Emmerich (DDR-Staatsrechtler), die Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939 e.V., die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung, die Freidenker, Dr. Thomas Köhler (DDR Olympiasieger), das Schalmeien-Orchester „Fritz Weineck“, Dieter Winderlich (stellv. Innenminister der DDR), Kurt Andrä (Mitarbeiter von Wilhelm Pieck) und viele mehr.

Es ist also nicht bloß Gefühlsduselei, sich mit Genossinnen und Genossen aus der DDR auszutauschen und sich selbst klar zu machen, was es heißt den Aufbau des Sozialismus in einem Land gegen den wieder aufstrebenden deutschen Imperialismus zu verteidigen. - Aktuelle Informationen finden sich auf der Internetseite: www.ddr-kabinett-bochum.de Brigitte und Miclas

Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 - 19 Uhr, bei den drei Schwätzern im Seltersweg

Leserbriefe

Büchner: Zu den gegenwärtigen Büchner-Feierlichkeiten wäre hinzuzufügen: Würde Büchner heute leben, so säße er wahrscheinlich in Stammheim in Isolierhaft oder auch im US-KZ in Guantanamo oder vielleicht auf Imrali (wo Öcalan in Isolationshaft gehalten wird)... Büchner, Weidig und Mitstreiter wären als kriminelle terroristische Vereinigung verboten und verfolgt. In all den Veranstaltungen, wo jetzt Büchner zelebriert wird, hingen Steckbriefe mit hohen Belohnungssummen... Wie sich die Zeiten ändern! (Name ist der Redaktion bekannt)

Wahlkampf: Es ist Wahlkampf. Da entdecken die Reichen plötzlich ihr Herz für die Armen. Ihre Politiker schwindeln das Blaue vom Himmel versprechen bis zum 22. September jedem Gott und die Welt. Falk Moldenhauer

Cuba/BRD: Seit meines 8-jährigen Deutschlandaufenthaltes wurde ich vieler Illusionen beraubt. Hier herrscht nicht nur winterliche, sondern auch soziale Kälte. Es gibt kaum einen Bereich, über dem nicht die soziale Abrissbirne schwebt. Wir in Cuba hatten es ab 1990 nicht leicht, als wir alte Freunde und Partner plötzlich durch Verrat verloren.

In nur 4 Jahren fielen 35% des Bruttoinlandsprodukts weg. Die Importe sanken von 8,6 Mrd. auf 1,5 Mrd. Dollar. Die Kalorienzufuhr ging pro Kopf von 3000 Kalorien täglich auf weniger als 2000 zurück. Trotzdem gelang es, stabile Grundlagen zu erhalten. Das alles trotz der brutalen, völkerrechtswidrigen Embargopolitik der Yankees. In Cuba wurde kein Hospital, keine Schule, keine Jugend- oder Alterseinrichtung geschlossen. Das Gesundheits- und Bildungswesen ist kostenlos. Es findet eine enorme Entbürokratisierung statt! Für die Ernährung der Kinder ist gesorgt. Aber keiner in der Welt ist perfekt. Es gibt noch viel zu tun. Daslelys Merino Torres, CUBA

Hartz-IV-Lüge: Ex-Kanzlers Schröders rot-grüne-Regierung initiierte ein immenses Armutsprogramm namens "Hartz IV". Arbeitslosengeld und -hilfe wurden demontiert. Die Lüge wurde lanciert, es handele um einen "Klebeffekt" auf dem Arbeitsmarkt. Die Leistungsempfänger seien faule Säcke und lebten gemütlich auf Kosten unserer Gesellschaft tönte es dumm-dreist. Nun stellt sich aber ganz offiziell heraus, dass 1/3 dieser Menschen ihre Ansprüche gar nicht wahrnahmen. Was also machen diese angeblichen Schmarotzer?

Uwe Moldenhauer

Wir bitten um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025

Sparkasse Gießen
- und bedanken uns bei
allen Spendern.

Redaktionsschluß für das
Sept.-Echo: Mi., 24.8.13

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:
 das Gießener Echo abonnieren
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

.....

e-mail:

1. September: Antikriegstag - gegen die Interessen des deutschen Kapitals

Am 1.9.2013 jährt sich der Antikriegstag zum 56. Mal. Er entstand 1957 auf Initiative des DGB zur Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges am 01.09.1939.

Mit Kundgebungen und Mahnwachen, in den 70er Jahren mit über 10 000 TeilnehmerInnen, wird an diesem Tag für Abrüstung und Frieden demonstriert.

Zum 1.9. 1979 rief der DGB Bundesverband unter dem Motto: „Nie wieder Krieg! Abrüstung - Gewinn für uns!“ bundesweit zum Antikriegstag auf und auf der zentralen Veranstaltung in Dortmund sprach der damalige Vorsitzende Heinz Oskar Vetter.

Heute 2013 führt Deutschland wieder Krieg in aller Welt und Anfang des Jahres traf sich DGB Chef Sommer mit Verteidigungsminister de Maiziere. De Maiziere sieht die Bundeswehr als Teil der Friedensbewegung und Sommer möchte deutsche Soldaten

„gut ausgerüstet und geschützt“ in bewaffnete Auseinandersetzungen schicken. "Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg." Diese Botschaft ist verkommen zu: Nie wieder Krieg ohne uns!!!

Auch die Faschisten haben den 1. September für sich entdeckt und versuchten die letzten Jahre vor allem in Dortmund gegen den Einsatz von deutschen Soldaten für angeblich jüdische und amerikanische Finanzinteressen zu mobilisieren.

Um so wichtiger ist es heute, den Antikriegstag nicht den Nazis zu überlassen, sondern über die Interessen des deutschen Kapitals an den Kriegen aufzuklären. Das Märchen über die „Friedensfähigkeit des Imperialismus“ hat sich schon lange als Gutenacht Geschichte für die ehemals starke Friedensbewegung erwiesen und es ist Zeit aufzuwachen.

Sabine Albrecht

6. August: Hiroshima-Tag

Das Friedensnetzwerk Gießen veranstaltet am

Dienstag, dem 6. August, ab 17 Uhr auf dem Kirchenplatz eine Kundgebung anlässlich des Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima durch die USA – verbunden mit der Forderung nach Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen. Redner: **Lothar Liebsch**, Darmstädter Signal und ein Vertreter von IPPNW. Musik: **Ernst Schwarz** mit Liedern zu Krieg und Frieden. Unterstützer sind u.a.: DGB, DKP, Linkes Bündnis, SDAJ

Die Lumdatalbahn fährt

Am Sonntag 1. September gibt es wieder eine Sonderfahrt auf der Lumdatalbahn von 9 bis etwa 16 Uhr zwischen Lollar und Mainzlar.

Bitte unterstützt unseren Kampf für die Reaktivierung, indem Ihr mitfährt! Das hilft uns, die teure Aktion zu finanzieren. Den genauen Fahrplan findet Ihr auf unseren Webseiten: http://www.lumdatalbahn.de/sonderfahrten_der_lumdatalbahn.shtml und: www.lumdatabahn.de

Vormerken:

Gegen ein Europa der Banken und Konzerne! Was sagen die Kommunisten?

Veranstaltung der DKP am Donnerstag, dem 5. Dezember im Versailles-Zimmer mit **Hans-Peter Brenner**, stellv. Parteivorsitzender der DKP

Wetzlar: Veranstaltung zum Bebel-Jahr

der DKP Lahn-Dill und der Linkspartei Lahn-Dill:

Weniger Hirn - mehr Panzer - 150 Jahre SPD (-Geschichte)

- im Rahmen des August-Bebel-Jahres und in Bezug auf die "Aktivitäten" der Wetzlarer SPD in dieser Hinsicht.

Es referieren - nicht streng ans Thema gebunden:

Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP und

Hermann Schauss, MdL der Partei DieLinke, Hessen

Im Anschluß eine Revue mit **Erich Schaffner u. Georg Klemp**

Donnerstag, 19. Sept., 19 Uhr (Einlass: 18.30Uhr), im Nachbarschaftszentrum Wetzlar-Niedergirmes, Wiesenstr. 4, Eintritt: 8 €/erm. 4 €

Kein Werben für's Sterben! - Bundeswehr raus aus Schulen!

Die Zukunft der Jugendlichen ist von Perspektivlosigkeit geprägt. Das wissen nicht nur Politiker und Wirtschaftsvertreter, sondern auch die Bundeswehr. Sie versucht, auch gerade nach Wegfallen der Wehrpflicht, mit immer größerem Aufwand Jugendliche für sich zu gewinnen. Ob Werbespots im Fernsehen, Kino oder Internet, Werbung

in der U-Bahn, auf dem Bus oder an der Haltestelle; auf Berufs- und Ausbildungsmessen und in Schulen schon lange, überall präsentiert sie sich als "attraktiver Arbeitgeber".



Doch all diese Werbung kann über eines nicht hinwegtäuschen: Die Bundeswehr setzt die Interessen der deutschen Wirtschaft durch, auf dem Wasser, in der Luft und auf dem Land. Es geht um Rohstoffe und Handelswege, billige Arbeitskräfte und größere Absatzmärkte.

Die perspektivlose Lage vieler Jugendlicher darf nicht durch die Bundeswehr ausgenutzt werden. Das müssen wir auch in Gießen deutlich machen, wo die Bundeswehr gerngesehener Gast an vielen Orten ist.

Besonders hervor tut sich Herr Krotzky, Lehrer der Herderschule, der seinen Schülern die Bundeswehr regelmäßig schmackhaft macht, indem er die Jugendlichen an den jährlichen Gewinnspielen teilnehmen lässt und Jugendoffiziere in den Unterricht und auf den Schulhof einlädt.

Doch schon an vielen Orten, wo die Bundeswehr für sich wirbt, gibt es antimilitaristischen Widerstand.

Auch in diesem Quartal gibt es wieder viele Möglichkeiten aktiv zu werden. Keinen Menschen, keinen Cent der Bundeswehr!

SDAJ Gießen-Marburg